

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -  <b>Dezernat I                      Amt 31</b>	<b>Drucksache</b> <b>DS0135/03</b>	<b>Datum</b> 04.03.2003
---	---------------------------------------	----------------------------

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Ö	N	Beschlussvorschlag		
				angenommen	abgelehnt	geändert
Der Oberbürgermeister Energieausschuss	08.04.2003 16.04.2003	X	X	X		

<b>beschließendes Gremium</b> Stadtrat	08.05.2003	X		X	
---	------------	---	--	---	--

<b>beteiligte Ämter</b>	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		[X]
	KFP		[X]

**Kurztitel:**

Maßnahmeplan Klimaschutz 2003

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Grundlage des Beschlusses des Stadtrates Nr. 634-31(II)96 zur schrittweisen Realisierung der Klimaschutzziele werden für das Jahr 2003 folgende Einzelmaßnahmen beschlossen:

1. Energieeinsparung an Magdeburger Schulen
2. Ökologische Bauberatung
3. Agenda-Konferenz 2003 zum Schwerpunkt "Mobilität"
4. Projektunterstützung im Rahmen der Mitgliedschaft im Klimabündnis

<b>Pflichtaufgaben</b>	<b>freiwillige Aufgaben</b>	<b>Maßnahmenbeginn/ Jahr</b>	<b>finanzielle Auswirkungen</b>			
	<b>X</b>	<b>2003</b>	<b>JA</b>	<b>X</b>	<b>NEIN</b>	

<b>Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen</b> (Beschaffungs-/ Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgekosten ab Jahr	<b>Finanzierung</b> Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	<b>Jahr der Kassenwirk- samkeit</b>
Euro 35 000	keine <input checked="" type="checkbox"/>	Euro	Euro	

<b>Haushalt</b>		<b>Verpflichtungs- ermächtigung</b>		<b>Finanzplan / Invest. Programm</b>	
veranschlagt: <input checked="" type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr 2003 mit 35 000 Euro	davon Vermögens- haushalt im Jahr mit Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro
Haushaltsstellen 1.1200655000.5	Haushaltsstellen				
	Prioritäten-Nr.:				

<b>federführendes Amt</b>	Sachbearbeiter Frau Koch	Unterschrift AL
-------------------------------	-----------------------------	-----------------

<b>Verantwortlicher Beigeordneter</b>	Unterschrift
---	--------------

## **Begründung**

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat mit ihrem Beitritt zum Klimabündnis der europäischen Städte sowie der Verabschiedung ihrer kommunalpolitischen Leitsätze und ihrer energiepolitischen Grundsätzen ihre Absicht erklärt, auf kommunaler Ebene einen Beitrag zur Minderung der Gefahr der globalen Klimaveränderung zu leisten.

Der Maßnahmenplan Klimaschutz wird sich ab 2004 in verstärktem Maße an der Strategie zur Umsetzung einer Lokalen Agenda für Magdeburg orientieren.

In den Maßnahmenplan Klimaschutz 2003 wurden vorrangig Einzelmaßnahmen aufgenommen, die bereits seit mehreren Jahren mit gutem Erfolg durchgeführt werden.

Im Einzelnen werden folgende Projekte bearbeitet

### **1. Energieeinsparung an Magdeburger Schulen**

Das Projekt „Energieeinsparung an Schulen“ ist seit mehreren Jahren fester Bestandteil des Maßnahmenplanes Klimaschutz. Bisher waren insgesamt 17 Schulen in dieses Projekt integriert. Das Ziel dieses Vorhabens besteht darin, jungen Menschen über ihre aktive Mitarbeit den Energiespargedanken näher zu bringen. Durch die kritische Überprüfung des eigenen Nutzerverhaltens und das methodische Aufspüren von Einsparpotentialen im schulischen Umfeld wird den Projektteilnehmern der bewusste Umgang mit Energie verdeutlicht.

Seit dem Jahr 1999 wird dieses Energieeinsparprojekt zusätzlich durch das Pilotvorhaben „fifty/fifty“ unterstützt. Innerhalb einer auf drei Jahre beschränkten Erprobungsphase erhielten die beteiligten Schulen 50% der eingesparten Energiekosten in den Bereichen Elektroenergie und Wasser zur eigenen Verwendung ausgezahlt.

Aufgrund der guten Erfahrungen, die mit dem fifty/fifty Modell gemacht wurden, sollte es auch zukünftig in die Einzelmaßnahme „Energieeinsparung an Magdeburger Schulen“ eingebunden werden, da es als finanzielles Anreizsystem wesentlich zur Motivation der Schüler beiträgt. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wird erarbeitet.

### **2. Ökologische Bauberatung**

Der sich weiterhin abzeichnende Trend zum verstärkten Einsatz regenerativer Energien macht auch vor den privaten Haushalten nicht halt. Themen wie die Nutzung von Sonnenenergie zur Stromerzeugung oder Warmwasserbereitung, der Bau geschlossener Wasserkreisläufe oder der Einsatz von Erdwärme rücken unter dem Aspekt steigender Energiekosten immer stärker in das Bewusstsein privater Bauherren.

Im Rahmen des Maßnahmenplanes Klimaschutz bietet die Landeshauptstadt ihren Bürgerinnen und Bürgern seit dem Jahr 1999 eine produkt- und firmenneutrale Beratung auf dem Gebiet des ökologisch orientierten Bauens an. Damit wird den Bauwilligen eine Gelegenheit gegeben, sich einen allgemeinen Überblick über die Möglichkeiten der Einbindung von Umweltaspekten in den Planungs- und Bauprozess zu verschaffen.

Die Resonanz der im vergangenen Jahr durchgeführten ökologischen Bauberatung hat deutlich gezeigt, welcher Informationsbedarf für Magdeburger Bürgerinnen und Bürger auf diesem Gebiet besteht. Eine überdurchschnittliche Teilnehmerzahl war bei der Behandlung des Themenschwerpunktes der Erstellung eines Gebäude-Energiepasses nach der neuen Energieein-

sparverordnung zu verzeichnen. Das Umweltamt hat sich daher entschlossen, die ökologische Bauberatung für private Bauherren auch in diesem Jahr fortzuführen und als

Einzelmaßnahme in den Maßnahmeplan Klimaschutz aufzunehmen. Verstärktes Augenmerk soll in diesem Jahr auf eine effiziente Energieanwendung und auf den Einsatz regenerativer Energien gelegt werden.

### **3. Agenda-Konferenz 2003 zum Schwerpunkt „Mobilität“**

Der Verkehr ist nach wie vor der Energieverbrauchssektor mit der größten Wachstumsrate. Eine weiterhin steigende Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes und eine fortschreitende Zersiedlung stellen gerade die kommunale Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Im Rahmen der Erarbeitung einer „Lokale Agenda 21“ ist angedacht, im Bereich des Handlungsfeldes der nachhaltigen Mobilität aktiv zu werden. Der Kommune steht dabei eine große Bandbreite von Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Sie umfassen auf der einen Seite die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs, um die Voraussetzungen für die Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr zu schaffen. Auf der anderen Seite stehen Maßnahmen, die eine Beeinflussung des Verkehrsverhaltens zum Ziel haben, wie Verkehrsberuhigung und Parkraummanagement. Sie werden ergänzt durch Konzepte zur langfristigen Steuerung der Verkehrsnachfrage, z.B. über eine verkehrsvermeidende Siedlungsplanung. Zunehmend wichtiger werden Instrumente wie kooperative Planungsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit sowie Mobilitätsdienstleistungen. Die sinnvolle Kombination dieser Einzelmaßnahmen zu einer integrierten Strategie, die das gesamte Verkehrssystem berücksichtigt, macht letztlich den Erfolg einer nachhaltigen Verkehrspolitik in der Kommune aus.

Das Umweltamt, als Agenda-Anlauf- und Koordinierungsstelle sieht seine vordringliche Aufgabe in der Bündelung bisher isolierter Initiativen. Dazu ist es unumgänglich, dass Vertreter der verschiedenen Interessengruppen miteinander ins Gespräch kommen, ihre Standpunkte austauschen und gemeinsam Ideen und Lösungswege entwickeln.

Die im September geplante Agenda-Konferenz zum Thema Mobilität bietet dafür einen guten Ansatzpunkt. Inspiriert vom Gedanken der Woche der Europäischen Mobilität (16.-22.09.03) soll diese Konferenz auf der einen Seite den von der aktuellen Verkehrssituation Betroffenen ein Podium für ihr Anliegen, ihre Probleme und ihre Wünsche bieten. Auf der anderen Seite sollen aber auch die bestehenden Rahmenbedingungen und objektiven Entscheidungsgrenzen aufgezeigt werden. In einem partizipatorisch und partnerschaftlich geführten Diskussionsprozess zu gemeinsam bestimmten Schwerpunkten wird dann versucht, neue Impulse für die Ausgestaltung eines Agenda-Leitbildes Mobilität zu finden.

### **4. Projektunterstützung im Rahmen der Mitgliedschaft im Klimabündnis**

Mit dem Beitritt zum Bündnis der europäischen Städte und der Indianervölker Amazoniens für den Schutz des Regenwaldes, des Klimas und des Lebens der Menschheit hat sich die Landeshauptstadt neben den Zielen des kommunalen Klimaschutzes auch zur Partnerschaft mit den indigenen Völkern bekannt. Der Grundsatz dieser Partnerschaft besteht darin, sich gegenseitig zu respektieren und die Vielfalt der Kulturen anzuerkennen. Auf unterschiedlichen Handlungsebenen erfolgt eine Unterstützung der Indianervölker Amazoniens bei ihren Bemühungen zum Erhalt des tropischen Regenwaldes, bei der Sicherung ihrer Landrechte und der nachhaltigen Nutzung ihrer Gebiete.

Neben der politischen Unterstützung stellt auch die finanzielle Unterstützung von Projekten ein Zeichen konkreter Solidarität mit den Indianervölkern dar. Diese Projektzusammenarbeit bedeutet, dass Projekte eigenständig von den indigenen Organisationen vorgeschlagen und mit der Europäischen Geschäftsstelle abgestimmt werden. Die Mitgliedskommunen entscheiden eigenverantwortlich, welches der vorgestellten Projekte sie unterstützen wollen.

Erfahrungsgemäß werden den Mitgliedskommunen erst Mitte des Jahres mehrere Projektvorschläge unterbreitet, so dass zurzeit noch kein konkretes Vorhaben benannt werden kann.

Nach Bekanntgabe der förderfähigen Projekte wählt das Umweltamt in enger Zusammenarbeit mit den Vereinen „Arbeitskreis Vierte Welt e.V.“ und „Infostelle Eine Welt e.V.“ die Maßnahme aus, die die Landeshauptstadt im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Klimabündnis unterstützen möchte.

Über die Verwendung der bereitgestellten finanziellen Mittel einschließlich der erreichten Erfolge legt die Geschäftsstelle des Klimabündnisses gegenüber den Mitgliedskommunen Rechenschaft ab.